

Initiative misstraut Schweinezüchter

Brief an Adrianus Straathof / Mitglieder setzen auf Volksbegehren gegen Massentierhaltung

HORNOW-WADELSDORF/POTSDAM Im Streit um die Ferkelzuchtanlage in Wadelsdorf reagiert die Bürgerinitiative mit einem offenen Brief an das Unternehmen: Sie wirft Adrianus Straathof vor, sein vermeintlicher Rückzug erfülle nur eine Alibifunktion.

Die Mitglieder der Bürgerinitiative haben schon früher die direkte Konfrontation mit dem Schweinezucht-Unternehmen gesucht, das eine Anlage in Wadelsdorf betreibt. Doch in ihrem neuen offenen Brief verschärfen sie den Ton noch. So zieht sich diese eine Frage, eingangs formuliert, mehr oder weniger indirekt durch das gesamte Schreiben: "Für wie blöd halten Sie uns?"

Die Initiative traut dem Unternehmen nicht. "Wie ein Hohn" erscheint es ihr, dass sich Adrianus Straathof komplett aus der Geschäftsführung und als Gesellschafter der Holding zurückgezogen haben und zugleich als Mitglied eines "Tierwohlbeirats" fungieren will. Dazu heißt es im offenen Brief: "Durch Abgabe der Geschäftsführung in allen Anlagen soll suggeriert werden, dass Sie keinerlei Einfluss mehr auf die Tierhaltung in Ihren Ställen haben." Öffentlich werde ein Anflug von Reue gezeigt – doch in Wahrheit schaffe die Firma "weiterhin grausame Haltungsbedingungen". Der umstrittene Schweinezüchter Adrianus Straathof reagierte mit dem Rückzug auf Vorwürfe der Tierquälerei, die Tierschützer und Behörden vor allem gegen seine Anlagen in Sachsen-Anhalt erhoben hatten: Das Unternehmen wolle sich nun neu ausrichten und für bessere Bedingungen in den Betrieben sorgen. Unterdessen kündigt die Bürgerinitiative an, dass sie sich am Volksbegehren gegen Massentierhaltung beteiligt, dessen Start für den 15. Juli vorgesehen ist.

Das Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg hat nach eigenen Angaben sechs Monate Zeit, um 80 000 Unterschriften zu sammeln. Falls ihm dies gelingt, muss sich der Potsdamer Landtag den Forderungen der Tierschützer stellen. Diese wünschen sich, dass künftig nur noch artgerechte Haltung finanziell gefördert wird. Zudem setzen sie auf ein Klagerecht für Tierschutzverbände.

Vor zwei Wochen antwortete die Landesregierung bereits dem Abgeordneten Benjamin Raschke von den Bündnisgrünen auf seinen Fragekatalog zur Ferkelzuchtanlage in Wadelsdorf. Demnach erfolgte die letzte Kontrolle im Betrieb am 22. Mai 2015 – mit dem Ergebnis, dass er der Verordnung zum Tierschutz und der Nutztierhaltung gerecht werde. Derzeit beherberge die Anlage nahezu 1100 Tiere. Benjamin Raschke sagt dazu: "Wir werden auch in Zukunft nachhaken, da es sich ja bei der Antwort der Landesregierung um eine Momentaufnahme handelt." Grundsätzlich nimmt er einen bedenklichen Trend wahr: Fleisch werde oft zu Billigpreisen bei einer geringen Zahl von Mitarbeitern der Betriebe auf dem Land produziert und regelrecht auf den Markt geworfen. "Davon hat der ländliche Raum aber nichts", stellt Benjamin Raschke fest. Zugleich warnt er davor, alle Unternehmen der Branche zu verurteilen: So habe er durchaus Anlagen kennengelernt, deren Mitarbeiter sich einer artgerechten Haltung von Tieren verschreiben.

In die Diskussion um die Massentierhaltung hatte sich zu Jahresbeginn auch der Landesbauernverband eingeschaltet. Dessen Pressesprecher Holger Brantsch beklagte eine "meist unsachlich geführte Debatte zur modernen Landwirtschaft". Nach seinen Worten hängt das Wohlergehen der Tiere nicht von der Stallgröße ab, sondern vom Platzangebot,

dem Licht, dem Klima und dem Futter. Bisher hätten die Züchter die "anspruchsvollen Standards mit hohem finanziellen Aufwand und Risiko" in die Tat umgesetzt. "Bei weiteren Auflagen müssen die Verbraucher jedoch mit steigenden Lebensmittelpreisen rechnen", gab Holger Brantsch zu bedenken.

Die Bürgerinitiative "Saustall Wadelsdorf und Umgebung" erinnert unterdessen daran, dass Jahr für Jahr in Deutschland 346 Millionen Kilogramm Fleisch im Abfall landen. In ihrem offenen Brief fragt sie: "Wofür wird noch mehr Fleisch benötigt? Für den Müll?" So betrachten die Mitglieder ihr Schreiben auch als Protest gegen diese "Überproduktion".

René Wappler

Schwierige Abkehr von Döbern-Land

Hornow-Wadelsdorf hält Gemeindevertreter in Döbern-Land und Amtsausschuss in Atem

DÖBERN Heftige Vorwürfe gegenüber dem Amtsdirektor Günter Quander und ehrenamtlichen Bürgermeistern hat es im Amtsausschuss Döbern-Land in der vergangenen Woche gegeben. Anlass war die beabsichtigte Eingliederung der Gemeinde Hornow-Wadelsdorf in die Stadt Spremberg.

Der Hornower Gemeindevertreter Torsten Schröter hatte klar gemacht: "Wir wollen zum 1. Januar 2016 Ortsteile von Spremberg sein". Quander warf er indirekt vor, durch Hinhaltenaktik diesen Zeitplan torpedieren zu wollen. Er forderte den Amtsdirektor auf, "die Sache ein bisschen progressiver zu vertreten".

Quander hatte zuvor darüber informiert, dass von den sieben zur Anhörung aufgeforderten Gemeinden im Amt fünf an den Landrat geschrieben und ihn informiert haben, dass ihnen eine Stellungnahme nicht möglich ist, weil ihnen die dafür nötigen Daten nicht vorliegen. Er verwies erneut darauf, dass das Innenministerium als Genehmigungsbehörde des Gebietsänderungsvertrages oder der in seinem Auftrag handelnde Landrat als untere Kommunalaufsichtsbehörde "zwingend gehalten ist mit der Einleitung des Anhörungsverfahrens dem Anzuhörenden alle erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen, die eine umfassende und objektive Beurteilung der Auswirkungen des beabsichtigten Verwaltungsaktes ermöglichen". Das sei nicht erfolgt, demnach könne zu dem beabsichtigten Ausscheiden aus dem Verband des Amtes Döbern-Land keine Stellungnahme abgegeben werden.

Tschernitz hat kein Problem

Der Tschernitzer Bürgermeister, Peter Drobig, wies darauf hin, dass die Gemeinde Tschernitz der Anhörung stattgegeben hat. Er äußerte seinerseits Unverständnis, dass keine Informationen zum Stand der Verhandlungen zwischen der Stadtverwaltung Spremberg und der Amtsverwaltung Döbern-Land gegeben wurden. Der Tschernitzer Gemeindevertreter Ekkart Herold provozierte mit der Frage, warum es bei 60 Mitarbeitern in der Amtsverwaltung nicht möglich sei, drei damit zu beauftragen die erforderlichen Zahlen und Fakten vorzulegen. "Die Pflicht eines Verwaltungschefs ist, dass er uns im Amtsausschuss erst einmal alles auf den Tisch legt. Dann können wir entscheiden, was geht oder nicht geht", so Herold. Er bat den Amtsdirektor in der nächsten Sitzung des Amtsausschusses am 6. Juli zehn Minuten konkret darüber zu referieren, was der Austritt der Gemeinde Hornow-Wadelsdorf für die verbleibenden Gemeinden im Amt Döbern-Land bedeutet.

Quander: Spremberg ist am Zug

Quander wies die Vorwürfe zurück. "Das lasse ich mir nicht unterjubeln. Ich habe auf meine Nachfrage Ende 2014 von Spremberg zu Auskunft bekommen, in diesem Jahr nicht mehr, wir kommen auf die Sache zurück", sagte er. In Spremberg habe es zu dem Zeitpunkt andere Prioritäten gegeben. Das erste Gespräch zwischen den Verwaltungen habe es dann am 14. April 2015 gegeben. "Die Verantwortung sollte nicht nur bei Döbern-Land gesehen werden", appellierte Quander.

Döberns Bürgermeister Jörg Rakete unterstützte das Vorgehen des Amtsdirektors und der Bürgermeister, die die Anhörung bisher ablehnen. "Wir wollen wissen, was auf uns zukommt und können zu Recht erwarten, dass uns die nötigen Informationen zur Verfügung gestellt werden. So eine Anhörung wird nicht zum Spaß gemacht. Wenn Unterlagen fehlen, kann man nicht urteilen."

Schröter erwiderte. "Herr Rakete sagt erwarten. Das Wort hat den Wortstamm warten Und das ist das, was hier im Amtsausschuss nur noch passiert." Der Hornower äußerte die Überzeugung, dass "dieses Amt in der jetzigen Form nicht überlebensfähig" ist und zeigte sich überzeugt, dass nach dem Austritt von Hornow-Wadelsdorf andere Gemeinden des Amtes diesem Beispiel folgen werden. Drobig äußerte an Rakete gewandt, dass es einen Bürgerentscheid gab und dieser Grundlage der Anhörung ist. "Es ist stark, wenn wir uns dem Bürgerwillen verweigern", so Drobig.

In dem angesprochenen Bürgerentscheid am 11. September 2014 ging es um die Frage: "Sind Sie dafür, dass die Gemeinde Hornow-Wadelsdorf eine eigenständige Gemeinde bleibt?". Fast 87 Prozent der 510 wahlberechtigten Bürger hatten sich beteiligt. Die Mehrheit (57,72 Prozent) stimmte mit Nein. Im Ergebnis wurden die seit 2009 ruhenden Verhandlungen mit Spremberg wieder aufgenommen.

Zum Thema:

Die Mitglieder des Amtsausschusses Döbern-Land haben sich am 6. Juli in öffentlicher Sitzung mit den Vorschlägen der Brandenburger Landesregierung **zur neuen Verwaltungsstruktur** beschäftigen und darüber verständigen, wo sie die Zukunft des Amtes sehen. Das brandenburgische Innenministerium strebt Verwaltungseinheiten an, die im Jahr 2030 mindestens 10000 Einwohner haben. Städte, amtsfreie Gemeinden und Ämter können dazu fusionieren oder auch Amtsgemeinden bilden, bei denen Amtsdirektor und Amtsausschuss direkt gewählt werden.